

## **Schießplatz Waakhausen**

### **Umweltbehörde macht Druck**

#### **Schießplatz Waakhausen: Sanierungsbescheide an Betreiberfirma sind raus**

Bernhard Komesker

**Landkreis Osterholz.** Die stellenweise hohe Blei-Belastung des Waakhauser Schießplatzes führt auch in der Nachbarschaft zu erhöhten Schadstoffkonzentrationen. Diese gelten als bedenklich, aber nicht als akut gefährlich. Das haben neuere Bodenproben im Norden der Anlage sowie ergänzende Gewässer- und Sedimentproben ergeben. Wie die Kreisverwaltung im Umweltausschuss darlegte, ergebe sich kein dringender Handlungsbedarf, das Monitoring werde aber fortgesetzt.

Weil die Bleiwerte im Erdreich nördlich des Schießgeländes "unterhalb der Maßnahmen-Schwellenwerte der Bundesbodenschutzverordnung" liegen, könne die Verwaltung zurzeit keine weiteren Schutzmaßnahmen anordnen als die bisherigen. Das erklärte Umweltdezernent Dominik Vinbruck den Abgeordneten. Als Spitzenwert im Oberboden wurden 748 Milligramm Blei pro Kilo gemessen. Gesetzlich müsste man bei Grünland ab 1200 Milligramm einschreiten.

#### **Als Tränkwasser ungeeignet**

Alte und neue Messpunkte gab es zudem in den Gräben im Süden sowie zur Hamme hin. Mindestens an einer Stelle taugt das Wasser erwiesenermaßen nicht zum Trinken und schon gar nicht zum Trinken. "Die Anlieger sind darüber informiert und nutzen das Wasser auch nicht", sagte Vinbruck. Ausgedehnte, regelmäßige Messreihen etwa bis zum Waakhauser Kanal seien zwar nicht erforderlich; doch auch die aktuellen Proben zeigten, dass Wasser und Boden auf dem Schießplatzgelände weiter kontinuierlich zu untersuchen seien.

Dabei müsse die Behörde auf standardisierte Methoden wie Elution und Filtration setzen, erfuhr die Grünen-Abgeordnete Dörte Gedat auf Nachfrage. Nur solche Messverfahren böten eine rechtssichere Handhabe, nicht aber die ungefilterte Originalprobe, erklärte der Kreisdezernent.

#### **Weitere Messungen nötig**

Der Landkreis wolle in Zusammenarbeit mit Gutachtern und Naturschutzverbänden die Betreibergesellschaft zu weiteren Messungen verpflichten, kündigte der Dezernent an. "Sonst machen wir es selbst." Zur besseren Vergleichbarkeit solle wie bisher jeweils im Winter und im Sommer analysiert werden. Unabhängig davon bleibe der Schießplatz eine Altlast, die insgesamt saniert werden müsse. Die Beprobungen dienten der Risikoabschätzung, inwieweit Gefahr im Verzug sei. "Aber für uns ist ganz klar, dass wir die Quelle zum Versiegen bringen wollen."

Die Kreisbehörde will exemplarisch nun auch einmal das Gras nördlich vom Schießplatz untersuchen. Zwar werden die Flächen nicht beweidet, doch das Schnittgut dürfte als Viehfutter dienen. "Damit soll sich das Laves einmal befassen", sagte Vinbruck. Das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit habe bereits Erfahrung mit solchen Fällen.

### **Zaun soll bald kommen**

Als dringlich gilt weiterhin die Einzäunung des kontaminierten Geländes, um vor allem Kinder und Kleinkinder am Betreten zu hindern. Für sie könnten die Bleiwerte im Boden besonders gefährlich sein, hatten die Gutachter im März bestätigt. Die Schießplatz-GmbH habe erklärt, die Einfriedung werde nach ersten Reparaturen nun "zeitnah ertüchtigt und ergänzt", so Vinbruck weiter. Parallel solle ein schmaler Wartungs- und Kontrollweg angelegt werden. Im Süden am Landwehrgraben sei ein vollkommen neuer Zaun geplant.

Bei den übrigen behördlichen Auflagen sind unterdessen keine großen Fortschritte erkennbar. So hatte die Politik im März gefordert, die Schießplatz-Gesellschaft solle die Kugelstände umgehend schließen, doch verbieten kann man es ihr nicht. Nun soll der Bereich zumindest kurzfristig saniert werden. Die GmbH bekräftigte inzwischen, zur Schließung der Kugelstände sei sie nicht bereit. Sie will dort im Gegenteil höhere Schusszahlen genehmigt bekommen, hat dazu aber noch keine vollständigen Unterlagen vorgelegt, so die Verwaltung.

### **Anordnungen getroffen**

Verboten und mittlerweile offenbar eingestellt wurde der Betrieb der Wurfscheibenstände Trap, Skeet 1 und Skeet 2. Die Schrotschuss-Stände hingegen möchte der Betreiber wieder nutzen – und die Anlage eigentlich auch insgesamt erweitern. Zu der Auskunft, die Vergrößerung wäre ein ziemlich aussichtsloses Unterfangen, habe der Landkreis noch keine Rückmeldung erhalten, so Vinbruck. Förmliche Bescheide ergingen indes zur Sanierung: So soll die Betreiberfirma auch die Dichtigkeit des Sicherungsbauwerks überprüfen und für eine Druckentlastung dieses "Wurst" genannten Erdwalls sorgen.

Untersuchung und Sanierung des Gesamtgeländes wurden inzwischen ebenfalls behördlich verfügt. "Der Landkreis Osterholz wird die unverzügliche Umsetzung der Anordnungen eng überwachen und bei Bedarf mit Zwangsmitteln durchsetzen", verspricht die Verwaltung dazu in der Mitteilungsvorlage. Zwei Seiten später heißt es in der Drucksache aber auch, bis zum Abschluss einer Sanierung werde es "selbst bei optimalem Verlauf wohl noch mehrere Jahre" dauern. Die Abgeordneten werden nun über den Fortgang regelmäßig weiter unterrichtet; zudem ist für Anfang Juli eine Anwohner-Information geplant.

## Bürgerinitiative ist ungeduldig

Die Waakhauser Schießplatz-Gegner sind beunruhigt. Ihr Sprachrohr, die Bürgerinitiative (BI) Naturschutz Worpswede, hat sich unlängst erneut mit einem offenen Brief an die Kreisverwaltung gewandt. Darin äußern die Sprecher ihre Ungeduld, was die Sicherung des Geländes und den weiteren Schießbetrieb angeht. „Es hat den Anschein, dass die Sanierung von Seiten der Eigentümerin so lange wie möglich hinausgezögert wird, um noch Einnahmen zu generieren“, klagt BI-Sprecher Andreas Oelker.

Statt Auflagen wie die Umzäunung des Geländes endlich zügig anzugehen, beantrage die Betreiberin nun höhere Schusszahlen auf den Kugelbahnen. Die Behörde dürfe da nicht mitmachen und das Zeitspiel unterbinden. Auf die vier Langwaffenboxen sei besonders zu achten, die womöglich intensiver genutzt wurden als erlaubt, so die Initiative: „Schießbetrieb

findet hörbar auch an nicht reservierten Terminen und außerhalb dieser Termine zunehmend statt.“ Der Landkreis solle die genehmigten Schusszahlen kontrollieren, die seit Ende 2018 zu dokumentieren sind.

Oelker bemängelt, im Mai sei auf dem Gelände ein verfallener Wildzaun durch die Entfernung von Gehölzen weiter beschädigt worden; möglicherweise sei dabei auch das Sicherungsbauwerk in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Schadstofftransfer in Pflanze, Wasser und Boden bereite ebenso Sorgen wie der Umgang mit erlegtem Wild. In dem Brief ans Umweltdezernat im Kreishaus heißt es: „Es ist ein Skandal, dass es überhaupt zu dem jetzt festgestellten Zustand gekommen ist. Nicht zuletzt durch Nachlässigkeit Ihrer Behörde.“ Nottals müsse der Landkreis die Sanierung selbst in die Hand nehmen und die Betreiber GmbH zur Kasse bitten. BKO

**Wümmezeitung – 01.07.2021**

## **Schießplatz Waakhausen**

### **Kruse sieht sich bestätigt**

#### **Ex-Betreiber des Waakhauser Schießstands nimmt Stellung**

Bernhard Komesker

**Landkreis Osterholz.** Die erneute Beprobung von Wasserläufen und Nachbargrundstücken am Schießplatz Waakhausen hat ergeben, dass für diese von dem kontaminierten Gelände keine akute Gefahr ausgeht, es aber weiter überwacht und saniert werden muss (wir berichteten). Für Henning Kruse sind die Ergebnisse, die kürzlich im Umweltausschuss des Kreistags vorgestellt wurden, keine Überraschung. Den Aufwand hätte man sich sparen können, findet Kruse, der die Anlage von 2017 bis 2019 betrieben hatte. Ein Skandal sehe anders aus: „Dass da Blei liegt und dass es beseitigt werden muss, kann niemanden verwundern“, sagt Kruse. „Die Frage ist noch immer, wann und wie es herausgeholt wird.“

Der ehemalige Betreiber hatte vor zwei Jahren eine Sanierung der Altlast mithilfe eines großen Lärmschutzwalls aus Deponiematerial angeregt – ein Projekt, das den Protest der Schießplatz-Anrainer erst recht befeuerte. Kruse sagt, leider habe man seinerzeit zu keinem Zeitpunkt an einen Tisch gefunden: „Hätten alle Beteiligten damals gemeinsam und lösungsorientiert ein nachhaltiges, umweltgerechtes und wirtschaftliches Konzept erarbeitet, wären heute alle Bleirückstände bereits vollständig von der Anlage entfernt.“

Mit der jüngsten Messreihe, bei der filtrierte Wasserproben untersucht wurden, werde das Verfahren immerhin versachlicht. Bei den Proben vom August 2020 hingegen seien zunächst auch die Schwebstoffe mitgemessen worden und nicht nur das im Wasser gelöste Blei. Für Kruse ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen, denn das Schwermetall hafte naturgemäß den organischen Schwebstoffen besonders an, sodass plötzlich der Eindruck einer zunehmenden Umweltbelastung entstanden sei, die von Tag zu Tag gefährlicher werde. Mit den neuen Zahlenreihen seien "die Horrorszenarien der Schießplatz-Gegner" wissenschaftlich widerlegt, meint er. „Dabei ist unbestritten, dass das Zeug da weg muss.“

Sein Eindruck sei, dass die Kreisverwaltung weiter „von Lautsprechern getrieben“ und ansonsten bestrebt sei, die eigene Verantwortung abzuschieben. Schon jetzt seien Kosten in sechsstelliger Höhe aufgelaufen; da wäre es aus Sicht des Steuerzahlers sinnvoll, den neuen Betreiber nicht zu verprellen, findet Kruse. „Und natürlich müssen weiter Einnahmen generiert werden“, sagt er und widerspricht damit der jüngsten Wortmeldung aus den Reihen der Anwohner. Ohne eine ökonomische Perspektive in Waakhausen werde sich der Betreiber zurückziehen, am Ende würde so der Steuerzahler die millionenschwere Sanierung bezahlen müssen, warnt Kruse. Bei einer Rückabwicklung des Kaufvertrags wäre aber möglicherweise auch die frühere Betreibergesellschaft Kruses wieder in der Verantwortung.

## Osterholzer Anzeiger

14. 08. 2021

### Stellungnahme der BI „Naturschutz Worpswede“

zum Artikel in der Wümmezeitung – 01.07.2021

Schießplatz Waakhausen. Kruse sieht sich bestätigt. Ex-Betreiber des Waakhauser Schießstands nimmt Stellung.

In den letzten Wochen wurden vom ehemaligen Geschäftsführer der Schießstand Waakhausen gGmbH Henning Kruse wiederholt Halbwahrheiten und Behauptungen bezüglich der Bodenverunreinigungen des Schießstandes Waakhausen in die Öffentlichkeit gebracht. Diese bedürfen einer sachlichen Richtigstellung.

Die in den Böden des am Schießplatz angrenzenden Weidelandes gefundenen Bleikonzentrationen erfordern zwar wegen noch nicht vorliegender Grenzwertüberschreitungen aktuell keine Sanierungsmaßnahmen. Das kann aber nicht von der Tatsache ablenken, dass in den Böden unbeteiligter Nachbarn Blei in nicht unerheblicher Menge liegt, welches vom hoch verseuchten, sanierungsbedürftigen Schießplatz ausgetragen wird, dort nicht hingehört und in Zukunft Probleme bereiten könnte!

Bleiwerte im Sediment und im Wasser (filtriert) müssen beide für sich gesondert bewertet werden. Man kann sich nicht, wie Henning Kruse, den ihm genehmen Wert herausuchen und den anderen unterschlagen! Blei bindet sich schnell und ganz überwiegend an Sedimente. Dagegen ist Blei im Wasser nur kurz gelöst und daher nur gering nachweisbar. Folglich eignet sich die Sedimentuntersuchung am besten zur Beurteilung der Menge und Austragungsweite des Schadstoffes. Die Untersuchung des Wassers (filtriert) dient dagegen der Prüfung auf Einträge in die Nahrungskette, da Wasser letztendlich in den Menschen gelangt. Tiere trinken es allerdings unfiltriert und damit höher belastet als filtriert gemessen! Da die Messwerte je nach Regenmenge zeitweise stark schwanken können, sind niedrige Werte kein Beleg für nicht vorhandenen Bleiaustrag vom Schießplatzgelände. Dem stehen hohe Messwerte zuvor gegenüber, die den ganz offenbar schleichend stattfindenden Bleiaustrag in die Sedimente der umliegenden Gräben belegen. Darum ist die ständige Überwachung der Werte geplant. Im Übrigen gelangt Blei jetzt schon ständig mit 10 bis 100-facher Grenzwertüberschreitung tief unter dem Platz in das Grundwasser und damit in die Umgebung (siehe Umtec-Gutachten für den Landkreis Osterholz S. 65, 66).

Das von Henning Kruse immer wieder hervorgeholte Konzept der Einbringung des bleiVerseuchten Bodens in einen Lärmschutzwall widerspricht eindeutig den gesetzlichen Vorschriften (Verdünnungsverbot; LAGA 4.2), wird auch durch ständige Wiederholung nicht richtiger und ist schon immer - auch wegen der fehlenden Standfestigkeit des Walles im Moorboden - an diesem Ort völlig untauglich gewesen!

Dass die enormen Kosten der von ihm und seinen Mitschützen notwendig gemachten Sanierung ökonomisch nur durch die Errichtung eines nicht realisierbaren, großen, überregionalen Schießzentrums zu stemmen wären, verschweigt Herr Kruse.

Die von ihm wiederholt geäußerten Tatsachenverdrehungen und Falschdarstellungen sowie seine abstruse Vermutung, die Kreisverwaltung habe im Interesse Einzelner gehandelt, können nur als Versuch gedeutet werden, von eigenem Fehlverhalten und seiner Verantwortung abzulenken, die ihn durchaus wieder einholen könnte.“